
Russland und Deutschland: Kontinuität und Wandel



Andrej Sagorski

September 2005

*in Zusammenarbeit mit dem Studienkomitee
für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) am IFRI*

Ifri is a research centre and a forum for debate on the major international political and economic issues. Headed by Thierry de Montbrial since its founding in 1979, Ifri is a non-profit organization.

The opinions expressed in this text are the responsibility of the author alone.

Research Programme Russia/CIS
©Ifri, 2005 – www.ifri.org
Institut Français des Relations Internationales
27 rue de la Procession – 75740 Paris cedex 15 – France
tél. : 33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : 33 (0)1 40 61 60 60

Russie.Cei.Visions

„Russie.Cei.Visions“ ist eine online Publikation, die sich mit Russland und den GUS-Staaten (Weissrussland, Ukraine, Moldavien, Armenien, Georgien, Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan) beschäftigt. Bekannte Experten veröffentlichen in dieser *policy-orientierten* Publikationsreihe kurze Papers zu aktuellen strategischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen.

Die Reihe respektiert in Bezug auf Ihr Editing und die anonyme inhaltliche Prüfung der Texte, die Qualitätsnormen des Ifri.

Falls Sie über das Erscheinen der "Russie.Cei.Visions" regelmässig per mail informiert werden möchten, senden Sie bitte eine email an: info.russie.cei@ifri.org

Sagorskij, Andrej, Professor an der Staatlichen Universität für Internationale Beziehungen in Moskau (MGIMO); Prorektor der MGIMO (1992-1999); Senior Vizepräsident und Projektleiter Ost-West Institut in Prag (2000-2001); Professor im Zentrum für Sicherheitspolitik in Genf (2002); Stellvertretender Direktor an dem Institut für die Angewandte Internationale Forschung in Moskau (2002-2003); Stellvertretender Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau (2004-2005).

Inhalt

<i>Inhalt</i>	2
<i>Zusammenfassung</i>	3
<i>Vorwort</i>	4
<i>„Schröder-Putin-Vertikale“</i>	5
<i>Ergebnisse der Zusammenarbeit</i>	11
<i>Kontinuität oder Wandel?</i>	14
<i>Zusammenfassung und Vorschläge</i>	17

Zusammenfassung

In den letzten sechs Jahren hat sich ein verzweigter aber auch ein sehr zentralisierter Prozess in der russisch-deutschen Zusammenarbeit etabliert. Dies hat es erlaubt, viele Frage in den bilateralen Beziehungen zu lösen, hat aber auch gleichzeitig dazu beigetragen, dass sich die offiziellen Beziehungen und die Stimmung in der Öffentlichkeit der beiden Ländern immer mehr von einander entfernt haben. Die Ära Putin-Schröder in den russisch-deutschen Beziehungen neigt sich dem Ende zu. Offensichtlich wird die neue Regierung einige Korrekturen vornehmen. Diese Korrekturen werden eher den Stil der Beziehungen als deren Inhalt betreffen.

Vorwort

Im Herbst 2005 steht in Deutschland ein Regierungswechsel bevor. Obwohl vielleicht ein möglicher Koalitionspartner nicht absolut sicher feststeht, besteht jedoch kein Zweifel, dass die Vorsitzende der CDU Angela Merkel die neue Bundeskanzlerin wird. Keine Zweifel bestehen auch darin, dass im Herbst die „Ära Schröder“ in der deutschen Politik vorbei ist, und mit ihr auch die „Ära Putin-Schröder“ in den russisch-deutschen Beziehungen.

Was erwartet diese Beziehungen wenn die erste Bundeskanzlerin der Geschichte Deutschlands das Ruder übernimmt. Wie werden sich die Beziehungen zwischen Merkel und Putin entwickeln? Klar ist, dass die russisch-deutschen Beziehungen nicht mehr durch die „Männerfreundschaft“ bestimmt sein werden, wie dies im Laufe der letzten 14 Jahre der Fall war, wenn man auch die herzlichen Beziehungen zwischen Helmut Kohl und Boris Jelzin bedenkt.

Dies ist jedoch nur die Oberfläche. Wesentlicher ist eine andere Frage: Welche inhaltlichen und instrumentellen Größen der heutigen russisch-deutschen Beziehungen sind unveränderlich und unabhängig von einem Regierungswechsel, und was wird von dem Bundeskanzler bzw. der Bundeskanzlerin gesteuert.

„Schröder-Putin-Vertikale“

In fünf Jahren der Zusammenarbeit zwischen Schröder und Putin ist eine persönliche Freundschaft entstanden. In dieser Zeit wurden einmalige Instrumente zum Aufbau der russisch-deutschen Beziehungen initiiert. Diese Instrumente sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Die **Überzentralisierung** politischer, gesellschaftlicher und zum Teil auch wirtschaftlicher Beziehungen zwischen zwei Ländern durch den deutschen Bundeskanzler und den russischen Präsident persönlich bzw. unter deren Obhut. Beide sind laut Verfassung der jeweiligen Länder ermächtigt, die Richtung der Außenpolitik zu bestimmen. Im konkreten Fall handelt es sich jedoch nicht um ihre Hauptrolle bei der Entwicklung und dem Ausbau bilateraler Beziehungen, sondern darum, dass in der russisch-deutschen Partnerschaft eine *politische „Vertikale“* entstanden ist, der praktisch alle mehr oder weniger wesentlichen Bereiche der Zusammenarbeit unterworfen sind, die aber letztlich schwerfällig, bürokratisch und nur wenig effektiv ist.

Als Grundlage dieser Vertikale dient die im Jahr 1998 entstandene Praxis der *jährlich stattfindenden Regierungskonsultationen*, die unter dem Vorsitz des deutschen Bundeskanzlers und des russischen Präsidenten durchgeführt werden. Bei den jüngsten Gesprächen, die am 20.-21. Dezember 2004 in Hamburg stattgefunden haben, hat ein großer Kreis der Staatsminister teilgenommen: Außen- und Innenminister, Finanzminister, Wirtschafts- und Handelsminister, Industrie- und Energieminister, Verkehrs-, Kultus- und Kommunikationsminister, Bildungs- und Wissenschaftsminister, Gesundheits- und Sozialminister sowie Leiter der Sondereinheiten. Während der Regierungsgespräche berichten die Minister den Staatschefs über die Erfüllung der bei den vorherigen Treffen gestellten Aufgaben und erhalten von ihnen neue Aufträge.

Im Bereich der Wirtschaft wird diese Vertikale durch die im Jahr 2000 gegründete Arbeitsgruppe auf der höchsten Ebene ergänzt, die über *strategische Fragen der wirtschaftlichen und der finanziellen Zusammenarbeit* berät. Im Jahr 2002 wurde beschlossen, dass diese Arbeitsgruppe künftig als ständige Institution geführt wird. Dort werden die größten Projekte im Bereich der Wirtschaft, Energie, Wissenschaft und Technik, Infrastrukturentwicklung usw. beraten.

Beinahe alle mehr oder weniger wichtigen Ereignisse der russisch-deutschen Beziehungen stehen unter der Obhut der Staatschefs. Ein deutliches Beispiel ist der „Petersburger Dialog“, der als ein Forum für Begegnungen der Vertreter des Staates und der Zivilgesellschaften gedacht

war, aber zu einer bürokratischen Imitation eines gesellschaftspolitischen Dialogs degradiert wurde.

Solche Tendenzen sind für Russland nicht erstaunlich. Putins Regierungszeit ist gekennzeichnet durch eine sukzessive Machtzentralisierung. Keine mehr oder weniger bedeutende Entscheidung kann heute ohne Beteiligung bzw. Zustimmung des Kremls getroffen werden, geschweige denn die wichtigen Wirtschaftsfragen. Der russische Staat und vor allen Dingen der Kreml erhöht seinen Einfluss auf die gesellschaftspolitischen Außenbeziehungen, indem dort ein Großteil aller Entscheidungen gefällt werden.

Moskau hat Versuche unternommen, einige Elemente aus den Instrumenten der russisch-deutschen Beziehungen auf andere Länder zu übertragen. So dient beispielsweise der in Kooperation mit Frankreich gegründete Sicherheitsrat hauptsächlich als Plattform für intensive Gespräche über die Beziehungen zwischen Russland und der EU sowie über die Fragen der internationalen Sicherheit.

Die Kommission, die sich mit den Fragen der bilateralen Zusammenarbeit beschäftigt, sowie deren Ausschüsse für wissenschaftliche, technologische und landwirtschaftliche Zusammenarbeit sowie der Wirtschafts-, Finanz-, Industrie- und Handelsrat werden von dem russischen und dem französischen Ministerpräsidenten geleitet und nicht durch die jeweiligen Präsidenten wie es bei der russisch-deutschen Kooperation der Fall ist.

2. Ein ausgesprochen wohlwollendes Verhältnis des Bundeskanzlers zu Putin. Jede Kritik gegenüber Putin bleibt bei dem Bundeskanzler ungehört. Dieser lässt sich nicht auf einen Streit mit Putin ein, vermeidet jede Diskussion über unangenehme Fragen und hat sich schon mehrmals eindeutig auf Putins Seite gestellt. Im November 2004, als Schröder in einer ARD-Talkshow gefragt wurde, ob „Putin ein lupenreiner Demokrat“ sei, antwortete Schröder ohne zu zögern, dass er „davon überzeugt sei, dass er das ist“.¹ Nach einem langen Schweigen in der Chodorkowskij-Affäre und in dem skandalösen Fall der Ölgesellschaft Yukos hat Schröder wieder eindeutig die Position Putins eingenommen und erklärt, er sehe „keine Anhaltspunkte, dass das nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln vor sich geht“, er könne verstehen, „dass ein Staat Steuern auch haben will“.²

Wie lässt sich Schröders wohlwollendes Verhalten gegenüber Putin erklären? Ist es die berüchtigte „Männerfreundschaft“ oder die Gleichgültigkeit zu den Ereignissen in Moskau, vergleichbar mit dem Wunsch Bismarcks, sich in die russischen Angelegenheiten nicht einzumischen.

Seit dem Beginn seiner Regierungszeit war Schröders Arbeitsalltag mit schwierigen, von den russischen Angelegenheiten weit entfernten Problemen gefüllt: das ständig steigende Budgetdefizit; längst überfällige, aber

¹ Vgl. u.a.: *Hamburger Abendblatt*, 23.11.2004.

² Vgl.:

<www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3422834_NAVSPM1_REF1,00.html>.

schleppend vorankommende Reformen; Verstimmung der Beziehungen mit den USA; Notwendigkeit der Reformen in der erweiterten EU; Niederlage des Referendums zur Europäischen Verfassung; Probleme auf dem Balkan und verstärkt immer mehr im Nahen und Mittleren Osten; Notwendigkeit zu einem nicht selbstverständlichen politischen Konsens in Bezug auf die Entsendung der deutschen Truppen in andere Länder, u.a. auch weit außerhalb Europas, und schließlich noch die Reform der UNO, die es Deutschland erlauben könnte, einen lang ersehnten ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund gilt für Schröder: je weniger schlechte Nachrichten aus Russland, desto besser. Die russische Wirtschaft wächst. Damit wächst auch der russisch-deutsche Handel. Russland ist stabil. Russland bittet Deutschland nicht um neue Kredite, sondern bezahlt sogar vorzeitig seine Schulden.

Russlands Probleme stehen heute in Berlin nicht im Vordergrund, wie es früher der Fall war. Dies ist ein wesentlicher Faktor, der die heutigen Russlandpolitik eines jeden Kanzlers bestimmt. Schon in den ersten Jahren der Regierungszeit Putins konnte Berlin sich überzeugen, dass es über keine Instrumente zur Einflussnahme auf die Politik in Moskau verfügt, insbesondere in Tschetschenien. Diese Tatsachen werden für eine überschaubare Zeit zweifelsohne die kontinuierliche Grundlage der deutschen Russlandpolitik bleiben.

Es geht jedoch um den politischen Stil. Putin nicht mit einer nutzlosen Kritik zu belästigen ist eine Sache. Putin jedoch öffentlich als einen „lupenreinen“ Demokraten zu bezeichnen, der sich um die Steuererhebung bei den in Ungnade gefallenen „Oligarchen“ kümmert, ist etwas anderes.

Egal, worin Schröders Wohlwollen begründet ist, kann es Putin ganz recht sein. Die Sorgen um die Lage in Tschetschenien und um die Verstärkung der autoritären Tendenzen in der russischen Politik werden in Deutschland immer stärker. Dies kümmert Russland jedoch nicht weiter, Hauptsache – Schröder soll Russland nicht öffentlich kritisieren. Bei der russisch-deutschen „Vertikale“ ist nur das von Bedeutung, was bei den Spitzengesprächen gesagt wird. Was auf nachrangigen Ebenen gesagt wird, ist absolut bedeutungslos.

Das demonstrativ freundschaftliche Verhältnis zwischen Putin und Schröder, welches von den Massenmedien in Russland stark verbreitet wird, trägt zu Putins Imageförderung bei. Schröders öffentliche Unterstützung bei den strittigsten Fragen der russischen Innenpolitik der letzten Jahre kann als ein eindeutiges Signal (ob gewollt oder ungewollt) an die Opposition in Russland verstanden werden: Putin wird uneingeschränkt von Berlin unterstützt und Berlin will nichts mit denjenigen zu tun haben, denen die heutige Situation in Russland missfällt.

3. Die Diskrepanz zur öffentlichen Meinung Während die offiziellen Beziehungen ein sorgenloses Eigenleben führen, verstärkt sich in beiden Ländern das Empfinden, dass dort die Dinge aus dem Ruder laufen.

Deutsche Massenmedien, die auch schon vorher die Tschetschenien-Politik Kremls kritisch betrachtet haben, wenden sich immer öfter gegen die

„gelenkte“ Demokratie in Russland. Als Beispiele werden genannt: Beschränkung der Pressefreiheit; praktische Abschaffung der Machtverteilung; Fehlen einer freien politischen Konkurrenz; Ernennung der Gouverneure durch den Kreml, statt deren Wahl, was nicht dem Föderalismusprinzip Russlands entspricht. Deutsche Diplomaten betonen öffentlich ihre Beunruhigung über die gefährliche Entwicklung in Russland, welche in absehbarer Zeit zu inneren Katastrophen führen könnte. Vor drei Jahren war dies noch anders.

Seit 2004 wird die Diskrepanz zwischen Schröders unkritischem Verhalten gegenüber den Kreml und der Meinung der deutschen Öffentlichkeit immer größer. Im September 2004 kam es beinahe zu einem Skandal, als Professoren und Studenten der Universität Hamburg Unterschriften gegen die Verleihung des Ehrendokortitels an Putin gesammelt haben. Wegen der tragischen Geiselnahme in Beslan wurden die geplanten Regierungskonsultationen in Hamburg auf den Dezember verlegt. Dadurch sind beide Politiker von der Auseinandersetzung mit diesem unangenehmen Vorfall verschont geblieben.

Gute Beziehungen zu Deutschland werden in Russland schon seit Jahren nicht mehr in Frage gestellt. Die russische öffentliche Meinung hat bereits in den 90er Jahren das Syndrom des zweiten Weltkrieges überwunden. Bei der Messeeröffnung in Hannover am 10. April 2005 hat Schröder Umfragen zitiert, wonach 90% der russischen Bevölkerung positiv über Deutschland denken. Die Umfragen in Russland gestatten eine differenziertere Aussage. Allgemein deuten sie darauf hin, dass in den 90er Jahren tatsächlich ein positives Image Deutschlands geschaffen wurde. Während bei der älteren Generation die Erinnerungen an den zweiten Weltkrieg noch präsent sind, hat die jüngere Generation (bis 40 Jahre) sowie Akademiker, Großstädter, Unternehmer und Intellektuelle ein stabil positives Bild Deutschlands. Ein Drittel der russischen Bevölkerung glauben, dass das deutsche Volk selbst Opfer des Naziregimes war. Lediglich zehn Prozent glauben, dass die Deutschen als Volk für den zweiten Weltkrieg verantwortlich waren.

In den Umfragen der russischen politischen Elite wird Deutschland den „Freundschaftlichen Staaten“ (erstaunlicherweise neben Serbien, Kasachstan, China und Iran) zugeordnet, während Frankreich gemäß Umfragen zu den „eher freundschaftlichen“ und die USA zu den „feindlichen“ Staaten gehören.³ Obwohl Moskau und Berlin keine speziellen Aussöhnungsprogramme durchgeführt haben, wie das bei den deutsch-französischen Beziehungen praktiziert wurde, haben sich die gegenseitigen Vorstellungen zwischen den Deutschen und den Russen so verändert, dass Putin und Schröder am 9. Mai 2005 am Grab des Unbekannten Soldaten an der Kreml-Mauer als symbolischen Akt der Aussöhnung einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen konnten.

³ Vgl.: *Rossija na rubesche vekov* [Russland an der Jahrhundertwende], M.: ROSSPEN, 2000, S. 49-82; *Vneschnjaja politika Rossiji: Mnenija ekspertov* [Russlands Außenpolitik: Expertenmeinungen], M.: RNISiNP, 2001, S. 26; Zagorski A. *Transformed Relations From the Cold War to a New Partnership between Russia and the Berlin Republic // The Spirit of the Berlin Republic / ed. by Dieter Dettke.* – New York; Oxford: Berghahn Books, 2003. – P. 152–156.

Auf Unverständnis stößt in den oppositionellen gesellschaftspolitischen Kreisen in Russland die Tatsache, dass die Existenz einer alternativen politischen Position in Russland von der deutschen Spitzenpolitik völlig ignoriert wird. In diesen Kreisen festigt sich die Meinung, dass die demokratischen Werte in den Hintergrund gerückt sind und dass Deutschland eine zynische „Realpolitik“ betreibt, die bedingungslos Putin unterstützt und die Durchsetzung der Lobby-Interessen der deutschen Wirtschaft allem voran stellt.

Auch in Zukunft wird die Entwicklung Russlands einen Nährboden für kritische Stimmungen in der deutschen öffentlichen Meinung darstellen. Nach dem Wechsel im Kanzleramt wird die Position der heutigen Opposition durch diesen Faktor bestimmt.

4. Die Unterstützung wirtschaftlicher Interessen. Besonders wohl im heutigen System der gegenseitigen Beziehungen fühlt sich die deutsche Wirtschaft. Durch die steigenden Nachfrage nach Wirtschaftsgütern in Russland besitzt Deutschland Vorteile. Der Handelsverkehr zwischen beiden Ländern erreichte in 2004 das Rekordniveau von 24. Mrd. US-Dollar. Hier belegt Deutschland vor Weißrussland und Ukraine den ersten Platz weit vor anderen EU-Ländern. Der deutsche Anteil am russischen Außenhandel beträgt in 2004 8,6%, während der Anteil der Niederlanden 6%, Italien 5,5%, Frankreich 2,7% beträgt.⁴ 2004 waren in Moskau mehr als 4.000 deutschen Firmen und der Vertreter der deutschen Wirtschaft ansässig.

Besonders vorteilhaft ist die positive Atmosphäre der russisch-deutschen Beziehungen für große Unternehmen. Diese haben längst das wichtigste Prinzip verstanden, das von dem amerikanischen Unternehmer Armond Hammer stammt, der direkt mit allen sowjetischen Staatschefs (außer Stalin) Abmachungen getroffen hat. Sein Motto lautete „Verständige dich mit dem Boss“. Am meisten verkehrt mit dem russischen „Boss“ der Bundeskanzler Schröder. Und das ist gut so. Denn die Spitzenpolitiker beider Länder nehmen unter ihre Obhut die wichtigsten wirtschaftlichen Projekte.

In der Erklärung über die Erweiterung der Beziehungen zwischen Russland und Deutschland im Bereich der Energie, die am 7. August 2004 gemacht wurde, wird betont, dass Putin und Schröder der Zusammenarbeit auf der Unternehmensebene eine große Bedeutung beimessen. Darüber hinaus werden beide Regierungen eng zusammenarbeiten, um die nichtwirtschaftlichen Risiken zu minimieren und um bestehende Hindernisse auf der europäischen Ebene zu beseitigen, die einer erfolgreichen Realisierung der Projekte im Weg stehen.⁵

⁴ Vgl.: <www.gks.ru/bgd/regl/brus05/lswPrx.dll/Stg/25-02.htm>;
<www.gks.ru/bgd/regl/brus05/lswPrx.dll/Stg/25-05.htm>;
<www.gks.ru/bgd/regl/brus05/lswPrx.dll/Stg/25-06.htm>.

⁵ Russisches Außenministerium, Pressestelle, Erklärung über die Erweiterung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Energiesektor, 08.07.2004 (Mitteilung der Pressestelle des russischen Präsidenten).

Allen ist klar, wer die nichtwirtschaftlichen Risiken minimieren soll und wer für die Beseitigung der Hindernisse auf der europäischen Ebene zuständig ist. Obwohl dies nicht immer funktioniert. Nach langen Überlegungen durfte Siemens doch nicht die Aktienmehrheit an den Petersburger Maschinenbauunternehmen erwerben. Dafür wurde aber bei der Eröffnung der Messe in Hannover im April 2005 in Anwesenheit von Putin und Schröder ein Rahmenvertrag zwischen Siemens und einem russischen Konsortium über den Bau von Hochgeschwindigkeitszügen geschlossen.

Die gemeinsame Bearbeitung der Großprojekte ist im Rahmen der „Vertikale“ der russisch-deutschen Beziehungen institutionalisiert worden. Neben der Spitzenarbeitsgruppe existiert ein *Forum der modernsten Technologien*, dessen zweite Stufe während der Messe in Hannover im April 2003 stattfand, und ein *Energiegipfel* der führenden Konzerne beider Länder, welche für den Herbst 2005 geplant ist.

Ergebnisse der Zusammenarbeit

Schröder und Putin können mit gutem Recht behaupten, dass durch ihre Zusammenarbeit die russisch-deutsche Kooperation den höchsten Stand der letzten 50 Jahre erreicht hat. In Moskau und Berlin werden Probleme gelöst, von welchen in Moskau und Bonn vor Jahren noch keine Rede sein konnte.

Während der Krise in der Ukraine im Herbst 2004, die bei den Präsidentenwahlen entstanden ist und dazu hätte führen können, dass Russland und die EU auf verschiedenen Seiten geraten, war Schröder der erste europäische Staatschef, mit dem Putin telefoniert hat. Der vertrauliche Charakter in deren Beziehungen hat dazu beigetragen, dass es zu keiner bereits sich andeutenden Verstimmung zwischen Russland und Brüssel gekommen ist. Dies ermöglichte die Beteiligung des entsandten Moskauer, Boris Gryslow, an der Vermittlungsmission in Kiew.

Moskau kann immer oder fast immer mit der deutschen Unterstützung bei der *Durchsetzung eigener Interessen bei der Europäischen Union* rechnen und wenn es mal in Stocken gerät, dann bietet Moskau Berlin an, die Vorreiterrolle zu übernehmen. Russlands Außenminister Sergej Lawrow betont, dass „auf einigen Gebieten der Zusammenarbeit Deutschland die anderen wichtigen europäischen Partner weit überholt hat und insofern eine „Leuchtturmfunktion“ übernehmen kann“.⁶

Dass betrifft beispielsweise Erleichterungen bei der Visa-Erteilung, Intensivierung des Jugendaustausches oder „strukturierte“ Treffen der Zivilgesellschaft im Rahmen des „Petersburger Dialoges“. Aus Deutschland kam 2003 ein Vorschlag, mit der Erstellung von russisch-europäischen „Road Maps“ zu beginnen, um einer auftretenden Krise zwischen Russland und Europa vorzubeugen.

Schröder konnte seinerseits von Anfang an mit der wohlwollenden Meinung aus Moskau zu dem deutschen Wunsch nach dem *ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat* rechnen. Vor allem, weil es für Moskau kein Problem ist. Moskau hat kein eigenes Konzept zur Reform des Sicherheitsrats. Ein Widerstand gegen die Erweiterung des Sicherheitsrats liegt nicht im taktischen Interesse Russlands.

⁶ Russisches Außenministerium, Pressestelle, Interview mit dem russischen Außenminister S. Lawrow in der Zeitschrift „Diplomat“, März 2005.

Beispiellos war die Unterzeichnung des russisch-deutschen Übereinkommens über die Gewährung der *Überflug- und Landtransitrechte* für den deutschen Afghanistan-Einsatz. In Moskau wird der bilaterale Charakter des Übereinkommens betont, da die Beziehungen zur NATO die gleiche Vereinbarung in Brüssel kaum möglich machen würden.

Deutschland gilt als ein Musterpartner Russlands bei der *Vernichtung chemischer Waffen* und bei der *Entsorgung atomgetriebener U-Boote* im Rahmen des „Globalpartnerschaftsprogramms“ der G8-Staaten.

Die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, im Bereich der Rettungshilfe und der Bekämpfung des Terrorismus werden ebenfalls positiv bewertet. Eine wichtige Rolle spielt dabei die im Jahr 2003 gegründete *Arbeitsgruppe auf höchster Ebene, die sich mit Sicherheitsfragen befasst*.

Deutschland ist nicht nur *der wichtigste wirtschaftliche Handelspartner Russlands*. Deutschland ist Russlands größter Importeur. Deutschlands Anteil an dem russischen Maschinenimport beträgt 35%; an Textilien 58% und an Schuhen 45%. Deutschland ist Russlands *größter Kreditor*. Deutsche Forderungen gegenüber Russland bilden ein Drittel der russischen Gesamtschuld. Von den gewährten Krediten des Pariser Clubs sind das 43%.

Lediglich bei den *Investitionen* in die russische Wirtschaft bleibt Deutschland zurück. Das Gesamtvolumen der deutschen Investitionen in Russland ist in 2004 um 8.6% gesunken und betrug Ende 2004 9,3 Mrd. US-Dollar. Die Direktinvestitionen betragen 2,6 Mrd. Dollar was 7,1% des Gesamtvolumens entspricht. Nach diesem Kriterium belegt Deutschland den vierten Platz hinter den USA, Zypern und den Niederlanden.⁷ Zum Vergleich: Am 1. September 2004 betragen die französische Investitionen in Russland 4,9 Mrd. Dollar. Darunter waren lediglich 299 Mio. Dollar Direktinvestitionen.⁸

Trotz der fortschrittlichen Zusammenarbeit auf vielen Gebieten erfolgt die Entwicklung der bürokratischen russisch-deutschen „Vertikale“ immer schleppender. Ihre Effektivität sinkt. Der Anteil der gelösten Probleme im Verhältnis zu den aufgewendeten Bemühungen verringert sich. Der Grund dafür liegt nicht im fehlenden Wunsch beider Länder voranzukommen. Das Problem der wachsenden Zeichen einer Stagnation in den deutsch-russischen Beziehungen liegt daran, dass die Methoden der bürokratischen Steuerung inadäquat sind. Die immer komplexer werdenden bilateralen Beziehungen müssen von der bürokratischen Vormundschaft befreit werden.

Großprojekte finden immer öfter ihre Grenzen in der Ressourcenfrage. Russland und Deutschland führen seit mehreren Jahren Energiegespräche, bei denen es um die Ausweitung der Liefermengen für russisches Gas und

⁷ Russisches Außenministerium, Pressestelle, Information zur Bundesrepublik Deutschland 24.05.2005.

⁸ Russisches Außenministerium, Pressestelle, Informationen zu russisch-französischen Beziehungen, 24.03.2005.

Erdöl geht.⁹ Die russische „Gasprom“ und die deutsche E-ON diskutieren über gemeinsame Projekte zur Erdgasgewinnung und zur Stromerzeugung, über die Errichtung einer Pipeline auf dem Grund der Ostsee; den Ausbau der Infrastruktur zum Absatz des russischen Erdgases auf dem deutschen und europäischen Markt und die Realisierung der gemeinsamen Projekte in den Erdgaskraftwerken auf dem europäischen Markt.

Der Fortschritt auf diesem Gebiet ist jedoch von vielen ungelösten Fragen abhängig. Ab 2008 wird es für Russland nur sehr schwer zu bewältigen sein, den europäischen Energiebedarf zu befriedigen. Der Erfolg der Ostsee-Pipeline hängt im hohen Maße von den Investitionen bei der Förderung der neuen Erdgasvorkommen ab. Da Deutschland auf Atomenergie verzichtet, wird es in der Zukunft mehr Gasimport aus Russland benötigen. Dies stellt eine der Grundlagen der Kontinuität in den russisch-deutschen bilateralen Beziehungen dar, unabhängig davon, wer im Sessel des Bundeskanzlers in Berlin und des Präsidenten in Moskau sitzt. Solch große Investitionen werden nicht nur durch die einschränkende Politik der russischen Führung in Bezug auf ausländische Investitionen in die „strategischen“ Zweige der russischen Wirtschaft erschwert, sondern auch durch die Ungewissheit auf dem Energiemarkt und die dies bezügliche künftige Preisgestaltung.

⁹ Russland deckt heute etwa ein Drittel des deutschen Gasbedarfs und etwa 30% des Ölbedarfs.

Kontinuität oder Wandel?

Was bringt der Kanzlerwechsel im Herbst 2005 für Russland? Signale, die von der CDU kommen, deuten auf eine bevorstehende Korrektur bei der deutschen Politik gegenüber Russland hin, wenn auch im Großen und Ganzen auf eine unwesentliche Änderung.

Erstens, Angela Merkel bevorzugt die Normalisierung der Beziehungen mit den USA und die Wiederaufnahme der transatlantischen Zusammenarbeit. Viele CDU-Berater betonen in nichtoffiziellen Gesprächen, dass die USA für Deutschland wichtiger sei als Russland.

Zweitens, aus diesem Grund und im Kontext zu der früheren Kritik gegenüber Schröder spricht die CDU gegen die Entwicklung der „Achse“ Deutschland-Frankreich-Russland aus. Obwohl die frühere und möglicherweise die zukünftige Bedeutung dieser dreiseitigen Konsultationen als Motor für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der EU von der CDU-Führung öffentlich nicht in Frage gestellt werden, hat die heutige Opposition nie einen Hehl aus ihrer negativen Haltung gegenüber der antiamerikanischen Stimmung gemacht, die für diese dreiseitige Zusammenarbeit während der Irak-Krise bezeichnend war.

Die neue deutsche Führung wird möglicherweise eine Fortsetzung der dreiseitigen Treffen auf das engere Thema der russisch-europäischen Beziehungen einschränken. Die CDU hat mehrmals betont, dass Polen unbedingt an den französisch-russisch-deutschen Gesprächen teilnehmen soll.

Die Einbeziehung Polens in das bisherige europäische „Dreigespann“ ist kaum vereinbar mit der heutigen Stimmung in Moskau. Sie ruft zwar keinen Widerwillen hervor, aber die katastrophale Abkühlung in den russisch-polnischen Beziehungen im letzten Jahr lässt vermuten, dass das Interesse Moskaus an einer solchen Zusammenarbeit kaum hoch sein wird.

Diese Tatsache ist von einer besonderen Bedeutung, da ab 2006 die EU und Russland darüber entscheiden müssen, ob das Abkommen über die Partnerschaft und die Zusammenarbeit, welches im Jahr 2007 abläuft, verlängert werden soll oder durch ein anderes Abkommen ersetzt werden soll. Da beide Seiten absolut gegensätzliche Positionen in dieser Frage vertreten, werden große Anstrengungen vonnöten sein, um die aufkommenden Komplikationen in den Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel zu vermeiden.

Drittens, es werden kritische Töne aus den Reihen der CDU-Politiker in Merkmals Umfeld in Bezug auf die deutsche Russlandpolitik wahrgenommen. So

kritisierte Friedbert Pflüger, ein Mitglied des Bundestages und mögliches Mitglied eines neuen Kabinetts, mehrmals öffentlich die Politik Moskaus in Tschetschenien und die Verstärkung autoritärer Tendenzen in der russischen Politik. In 2004 griff er energisch die „putinfreundliche“ Aussagen Gerhard Schröder zur Yukos-Affäre an.¹⁰ Der Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hermann Gröhe forderte von Schröder, seine Politik gegenüber Moskau zu ändern und solche Fragen wie Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte in den Vordergrund zu rücken.¹¹

Im übrigen besitzt die CDU nicht das alleinige Recht auf Kritik gegenüber dem Kreml. Nicht weniger scharf war die Kritik aus den Fraktionen der SPD und der Grünen. Für sein gönnerhaftes Verhalten wurde Schröder schon oft von den Abgeordneten des Grünen Koalitionspartners kritisiert. Dies hat jedoch Schröders Freundschaft zu Putin nicht geschmälert. Die CDU-Führung hat oft betont, dass die Aufrechterhaltung der konstruktiven Beziehungen mit Russland zum außenpolitischen Konsens in Deutschland gehört.

Offensichtlich setzen die CDU-Politiker heute auf den Weiterausbau der Beziehungen zum Kreml. Die meisten meiden jeden Kontakt mit der russischen Opposition, weil nicht damit zu rechnen ist, dass in der nächsten Zukunft diese Oppositionskräfte in der Lage sein werden, die Politik des Kremls zu beeinflussen. Auch getragen von dem Einfluss der öffentlichen Meinung wird sich unter der neuen Regierung eher der Stil der deutschen Russlandpolitik ändern, nicht jedoch ihr Wesen: Weniger Reverenz an die Adresse Putins, mehr besorgte Äußerungen über die Lage in Russland, ohne jede Hoffnung auf die Einflussnahme auf diese Politik. Dies wird um so mehr der Fall sein, weil es Merkel offenbar an den Qualitäten einer starken politischen Führungspersönlichkeit fehlt. Nach dem relativ schwachen Kanzler Schröder kommt eine noch schwächere Kanzlerin Merkel.

Viertens, Christdemokraten versprechen Moskau energischer mit der Beutekunstfrage zu konfrontieren, Rückgabe gesetzwidrig nach dem Krieg ausgeführten Kunstwerke, Archive und Bibliothekssammlungen an Deutschland zu fordern. Kohl hatte diese Fragen regelmäßig an Jelzin gestellt. Dies hatte ihre „Männerfreundschaft“ nicht gestört.

Und schließlich, die Machtübernahme durch die CDU in Berlin wird zur Abwertung des Versprechens der symbolischen Unterstützung durch den Kreml bei der Frage des ständigen deutschen Sitzes im UN-Sicherheitsrat führen. Traditionell misst die CDU dieser Frage eine geringere Bedeutung bei, obwohl auch sie im Rahmen der in Gang gekommenen Diskussion in New York davon nicht abweichen wird. Sie wird aber auch in dieser Frage keinen größeren Eifer an den Tag legen.

Alle oben genannten Faktoren haben eher einen Schönheitscharakter und verändern nicht grundsätzlich die Gesamtsituation in den russisch-deutschen Beziehungen. ***Diese werden viel mehr durch die Kontinuität als***

¹⁰ Vgl.: <www.dradio.de/aktuell/377429/drucken>.

¹¹ *Die Welt*, 21.12.2004.

durch die Veränderung gekennzeichnet sein. Dafür sprechen auch die in der jüngsten Zeit neu entwickelten und für Deutschland sehr wichtigen Bereiche der Zusammenarbeit: Interessen der deutschen Wirtschaft; Kooperation auf dem Gebiet der Sicherheit, wie Transit nach Afghanistan; Zusammenarbeit der Innenministerien und der Sondereinheiten. Die künftigen Veränderungen werden eher den Stil der gepflegten Beziehungen betreffen.

Es wird auch darauf ankommen, ob Merkel Schröders Tradition fortsetzen wird, indem sie russisch-deutsche Beziehungen als Chefsache und nicht als Angelegenheit der Außenminister betrachtet. Das hängt von Frau Merkel selbst ab, sowie vom Koalitionspartner und seinen Ambitionen.

Fraglich wird auch möglicherweise die Erhaltung der „Vertikale“ in den russisch-deutschen Beziehungen in ihrer heutigen Form sein. Die für September geplanten regelmäßigen Regierungskonsultationen sind bereits den vorzeitigen Wahlen in Deutschland zum Opfer gefallen. Die Entscheidung über deren Durchführung zu einem späteren Zeitpunkt sowie deren Ablauf wird durch die neue Regierung zu treffen sein.

Vermutlich werden die persönlichen Beziehungen zwischen Merkel und Putin nicht so intensiv sein, wie die zwischen Putin und Schröder es waren – diese haben sich aus verschiedenen Anlässen sechs bis sieben Mal im Jahr getroffen.

Es darf angenommen werden, dass es mit dem Regierungswechsel in Deutschland zur Entbürokratisierung der russisch-deutschen Beziehungen kommen kann, ohne die positive Stimmung dieser Beziehungen zu verändern. Es wird jedoch kaum machbar sein, die vollständige Entbürokratisierung zu erreichen, da alle Fragen im heutigen Russland von der „Machtvertikale“ entschieden werden.

Zusammenfassung und Vorschläge

In den Jahren der „Freundschaft“ zwischen Schröder und Putin hat sich in den russisch-deutschen Beziehungen eine sperrige bürokratische „Vertikale“ der Zusammenarbeit gebildet, auf die sich der russische Präsident und der deutsche Bundeskanzler in ihren Entscheidungen gestützt haben. Aufgrund dieser „Vertikale“ ist es beiden Ländern gelungen, Fortschritte auf einigen Gebieten der Zusammenarbeit zu erreichen, vor allen Dingen im Bereich der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit, bei der Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus.

Dieses Instrument ist jedoch nicht besonders effektiv. Eine Stagnation in den russisch-deutschen Beziehungen ist nicht zu vermeiden. Das unkritische Verhältnis im Umgang des Bundeskanzlers mit dem russischen Präsident stößt bei der Öffentlichkeit und der Politik auf Ablehnung.

Der Regierungswechsel in Deutschland bringt einige Schönheitskorrekturen mit sich, ohne das Wesen zu verändern. Diese Korrektur bietet die Möglichkeit, die Beziehungen beider Länder zu entbürokratisieren. Das soll in erster Linie dazu beitragen, den beiden negativen Tendenzen entgegenzuwirken: Übermäßige Zentralisierung bei der Durchführung des „Petersburger Dialogs“ durch die beiden Staatschefs zum einen und Schwierigkeiten bei den nicht vom Kreml kontrollierten gesellschaftspolitischen Beziehungen zum anderen.

Diese Probleme lassen sich leicht lösen. *Dafür ist es notwendig, die russisch-deutschen Gipfeltreffen und die Begegnungen im Rahmen des „Petersburger Dialogs“ zeitlich voneinander zu trennen. Staatsstrukturen, vor allen die russische, dürfen keine Monopolrechte auf die Bestimmung der Tagesordnung und auf die Auswahl der Beteiligten dieser Foren haben, weil diese Begegnungen die Meinungsvielfalt in beiden Gesellschaften widerspiegeln sollen.* Alle Organisationen der Zivilgesellschaften beider Länder sollen die Möglichkeit erhalten, an diesem Dialog teilzunehmen und die Tagesordnungen mit zu bestimmen.

Es ist wichtig, *keine Monopolisierung der in 2005 vereinbarten Projekte im Rahmen des Jugendaustauschs durch die staatlichen und die offiziellen Parteistrukturen in Russland zuzulassen.*

Besondere Beachtung verdient im nächsten Jahr die Diskussion über die realistischen Perspektiven der weiteren Entwicklung in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Die 2007 fällige Entscheidung über das weitere Schicksal des Abkommens zur Partnerschaft und zur Zusammenarbeit,

soll gestützt auf eine sachliche und konkrete Analyse der bisherigen Ergebnisse des Abkommens zu Perspektiven der Schaffung der freien Handelszonen zwischen der EU und Russland, sowie auf der praktischen Umsetzung der im Mai 2005 unterzeichneten „Road Maps“ widmen.

All diese Fragen werden im kommenden Jahr zweifelsohne Gegenstand der Konsultationen und der Verhandlungen zwischen Moskau und Brüssel. Das Vertrauenspotential herrührend aus dem Dialog zwischen Russland und Deutschland sowie aus dem Dreieck Deutschland-Frankreich-Russland (ob mit Polen oder ohne) sollte optimal genutzt werden, um sämtliche Fragen informell, konkret und konstruktiv zu lösen.